

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht erst nach dem schrecklichen Terroranschlag in Berlin vom Montag ist klar, dass der Terrorismus ein ständiger Begleiter unserer Zeit geworden ist. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat es sich zu einer seiner obersten Aufgaben gemacht, dem Terrorismus und seiner Finanzierung die Stirn zu bieten. So hat die EU in den letzten beiden Jahren bereits etliche kleinere und größere Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche auf den Weg gebracht. Anfang des Jahres legte die Kommission einen Aktionsplan vor (Nr. 23 v. 3.2.2016). Gestern hat sie schärfere Maßnahmen gegen Terrorismusfinanzierung hinterhergeschoben. Ob sich Attentate wie das in Berlin dadurch verhindern lassen, muss man zweifellos in Frage stellen. Doch die Hände in den Schoß zu legen ist auch keine Alternative. Nicht nur Berlin, sondern mehrere Beispiele zeigen: Eine effiziente Bekämpfung von Terror und Gewalt scheitert nicht zuletzt an einem schlechten Informationsaustausch der Länder untereinander.

■ Terrorismus: EU will Fahndungsdatenbank ausweiten und Austausch verbessern

Das **Sicherheitsgefühl der Europäer ist wieder mal erschüttert**. Diesmal traf es Deutschland. Nach jedem Attentat erschallen die Rufe u.a. nach **besserem grenzüberschreitenden Datenaustausch**. Mit den gestrigen Kommissionsvorschlägen sollen nun einerseits der Informationsfluss verbessert, andererseits aber auch **Maßnahmen gegen Geldwäsche** wie bspw. Mindeststrafen eingeführt werden, was indirekt auch den Finanzsektor berührt. Der **Weg zu einer „echten Sicherheitsunion“** ist allerdings noch weit.

Die **EU-Kommission hat neue Richtlinien** angestoßen, um gegen das organisierte Verbrechen, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorzugehen. Entlang von Mindestvorschriften sollen die Länder demnach **Geldwäsche unmittelbar als Straftatbestand verfolgen** und sanktionieren. Zudem soll durch eine **Harmonisierung der Vorschriften** die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz verbessert werden. Bei der Ein- und Ausreise von Personen in oder aus der EU soll eine Bargeld-Obergrenze von 10 000 Euro gelten. Besteht der Verdacht krimineller Handlungen sollen die **Behörden auch bei Beträgen unterhalb der Zollanmeldeschwelle von 10 000 Euro eingreifen** können. Auch sollen Zollkontrollen auf in Postpaketen oder sonstigen Frachtsendungen versandtes Bargeld und auf Wertsachen wie Gold oder Prepaidkarten, die derzeit nicht unter die Standard-Zollanmeldung fallen, ausgeweitet werden. „Wir müssen die **Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden voranbringen**“, sagt der u.a. für Rechtssetzung zuständige EU-Kommissar **Frans Timmermans**. Bei der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung müsse man den Kriminellen immer einen Schritt voraus sein, ergänzt Kommissionskollege **Valdis Dombrovskis**. „Deshalb schlagen wir vor, dass **Geldwäsche in der gesamten EU effektiv strafrechtlich verfolgt** wird.“

Im Kampf gegen Terrorismus setzt Brüssel auch auf eine **stärkere Sicherung der Grenzen**. Das **Schengener Informationssystem (SIS)** soll z.B. ausgebaut werden. „In Zukunft sollen nie wieder maßgebliche Informationen über mutmaßliche Terroristen oder irreguläre Migranten, die unsere Außengrenzen überschreiten, verloren gehen“, kündigte EU-Kommissar **Dimitris Avramopoulos** an. U.a. soll eine neue Kategorie in die Datenbank eingeführt werden, mit der **„unbekannte gesuchte Personen“ zur Fahndung ausgeschrieben** werden können. Auch sollen **Fälle mit Bezug zu terroristischen Straftaten** in das System eingestellt werden. Die Maßnahmen böten entscheidende technische und operative Verbesserungen, meint **Julian King**, Kommissar für die Sicherheitsunion. „SIS ist nur so gut wie die Daten, die in das System eingegeben werden.“ Wie wichtig eine bessere Kommunikation zwischen den EU-Ländern ist, zeigt auch der jüngste Fall einer vergewaltigten und ermordeten Studentin in Freiburg. Der **Tatverdächtige wurde in Griechenland bereits wegen versuchten Mordes schuldig gesprochen**. Ende 2015 wurde er auf Bewährung entlassen, anschließend zur nationalen Fahndung ausgeschrieben. **Eine internationale Fahndung sei aber nicht eingeleitet worden**. Wie er nach Deutschland kam ist unklar.

■ All for One Steeb: Noch viel Potenzial im Fahrwasser von SAP

Es gibt diese Unternehmen, die entwickeln sich weitgehend unterhalb des Radars einer breiteren Öffentlichkeit über die Jahre hinweg ziemlich prächtig. Dazu darf man wohl die **All for One Steeb** zählen. Die Aktionäre hatten in den letzten Jahren viel Freude mit dem Unternehmen (sofern sie nicht ausgerechnet auf dem historischen Hoch ungefähr vor Jahresfrist gekauft haben). Die Schwaben sind vereinfacht gesagt **Reseller von SAP-Software für Mittelständler im deutschsprachigen Raum**.

Damit haben sie im Ende September abgelaufenen Geschäftsjahr **266 Mill. Euro umgesetzt, 10% mehr als im Jahr zuvor** und dreimal so viel wie vor fünf Jahren – wobei das Wachstum z.T. auch akquisitionsbedingt erfolgte. Das **EBIT** legte bereinigt lediglich **um 2% auf 18,8 Mill. Euro** zu – die **EBIT-Marge**

(7,1%) war mithin spürbar rückläufig. Das erklären uns Vorstandssprecher **Lars Landwehrkamp** und Finanzvorstand **Stefan Land** vornehmlich mit dem langfristigen Investitionszyklus, in dem das Unternehmen steckt. Denn als SAP-Dienstleister hängt man **an den Produktzyklen der Walldorfer**. Und die haben anno 2015 mit **S/4 Hana** nach 23 Jahren R/3 die **nächste große Software-Generation** vom Stapel gelassen. Für All for One Steeb bedeutet dies auf längere Sicht viel neues, stärkeres und stetiges Umsatzpotenzial, zurzeit aber eben auch **viel teure Beratungs- und Implementierungsarbeit**. Auf der anderen Seite bietet die neue Hana-Welt aber eben auch viele Chancen. Stichworte wie **Cloud, Big/Smart Data, Internet of Things oder selbst Webshops** bedeuten für viele kleine und mittelständische Unternehmen noch immer Neuland und werden von der SAP-Software bzw. All for One Steeb **praktisch aus einer Hand angeboten**. Entsprechend verspricht man sich hier viel Neugeschäft. **Wachstumspotenzial** verortet Vorstandssprecher Landwehrkamp zudem beim Kundenkreis. Zwar sehen sich die Filderstädter in ihrem Zielkundensegment, der mittelständischen Autozuliefer-, Maschinenbau- und Konsumgüterindustrie, mit 25% Marktanteil bereits als Marktführer. Doch jenseits von direkten Wettbewerbern verzichten manche Unternehmen noch auf Reseller wie All for One Steeb oder haben SAP sogar ganz links liegen gelassen. Hier könnten die Schwaben noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Für das angelaufene Geschäftsjahr peilt CFO Land einen Umsatz von 280 bis 290 Mill. und ein EBIT von 18,5 bis 20,5 Mill. Euro an. Auf mittlere Sicht sollen dann auch die **EBIT-Margen wieder besser** (zweistellig) werden...

■ Auf die Schnelle: VW-Skandal beschäftigt Versicherungs-Ombudsleute

+++ **Versicherungen**: Viel Arbeit hatte auch in diesem Jahr wieder die Schlichtungsstelle der Versicherungen. Wie **Versicherungs-Ombudsmann Günter Hirsch** schon jetzt der dpa verriet, war auch bei den **Lebensversicherungen** der „**Widerrufs-Joker**“, also ein „ewiges“ Widerrufsrecht bei mutmaßlich fehlerhaften Widerrufsbelehrungen, mit etwa 500 Fällen ein **sehr häufiger Beschwerdegrund** – das Thema trieb bis vor etwa einem halben Jahr in erster Linie die Kreditinstitute um. Eine weitere auffällige Beschwerdeursache war der **VW-Abgasskandal**. Viele VW-Fahrer wollten sich nämlich Schadensersatz von dem Konzern oder den Rücktritt vom Kaufvertrag erstreiten und wandten sich an ihre **Rechtsschutzversicherung**. Doch die verweigerten wegen der dünnen Erfolgsaussichten häufig den Deckungsschutz.

+++ „**Basel IV**“: Nicht nur die Kreditinstitute und ihre Verbände höchstselbst, sondern auch das **Institut der deutschen Wirtschaft Köln** trommelt dafür, nicht alle Banken über einen Kamm zu scheren und die **internen Modelle zur Risikobewertung** nicht zu sehr pauschalen Standardansätzen zu opfern. Dadurch erhöhten sich die Eigenkapitalanforderungen bei der Kreditvergabe – letztlich **auch zum Nachteil des Verbrauchers**. Die Annahme, alle Banken mit einem einzigen Ansatz regulieren zu können, bezeichnet **Markus Demary** vom IW Köln gar als „**fatal**“ und verweist auf die Stärken und Schwächen unterschiedlicher Geschäftsmodelle: So könnten internationale Großbanken ihre Anlagen breiter streuen, dafür seien lokal tätige Institute weniger den Risiken auf den globalen Kapitalmärkten ausgesetzt. „Anstatt die Regulierung zu verschärfen, sollte sie so gestaltet werden, dass sie zum Geschäftsrisiko der Banken passt“, ermahnt Demary die Verhandlungsführer beim **Baseler Ausschuss**.

+++ Das Thema **Nachhaltigkeit bei der Geldanlage** gewinnt an Bedeutung. Immer mehr Anleger wollen wissen, wo ihr Geld landet, soziale und ökologische Aspekte spielen eine größere Rolle. Das gilt freilich **auch für institutionelle Anleger**. Doch selbst für sie gestaltet sich die **Suche nach geeigneten Anlagemöglichkeiten oft schwierig**, wie **HSBC** feststellt. Demnach stoßen 74% der befragten Investoren auf **Hindernisse bei der Auswahl geeigneter Investments**. Denn nur etwa ein Viertel der untersuchten Unternehmen (Durchschnittsumsatz: 18,6 Mrd. Dollar) legen die **Auswirkungen ihres Wirtschaftens für Umwelt und Klima offen**. Bessere Rahmenbedingungen wie etwa Steueranreize könnten nach Ansicht der britischen Großbank die Konzerne darin bestärken, ihre Unternehmensprozesse nachhaltiger auszurichten und über ihre Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Folgen ihres Wirtschaftens transparenter zu berichten. **Nur 13%** der Unternehmen seien mit ihrer Strategie auch **auf nachhaltig orientierte Kapitalgeber eingestellt**. „Die Entwicklung zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft hängt von einem leistungsfähigen Kreislauf für grüne Finanzierungen und Investitionen ab“, sagt **Andre Brandao**, Leiter des Climate Business Council bei HSBC und regt eine **standardisierte klimabezogene Offenlegung** an.

„**Alles mag man fürchten,
nur nicht, was man bekämpft.**“

Bettina von Arnim

Gutes Gelingen wünscht Ihnen

Ihr


RA Hans J.M. Manteuffel